

## Schlussbetrachtung

Hauptanliegen dieses Buches war es, die aktuelle dynamische und folgenreiche Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik im Kontext der Digitalisierung zu ergründen. Zu diesem Zweck habe ich als emblematische Sicherheitsmaßnahmen der EU das Schengener Informationssystem SIS, die Prüm-Regelungen und die Fluggastdatensätze-Richtlinie als Untersuchungsgegenstände gewählt.

Mit der Untersuchung wurden weiter drei Unterziele verfolgt. Erstens habe ich das Ziel verfolgt, die strukturellen Charakteristika des sicherheitspolitischen Ansatzes der EU herauszuarbeiten. Zweitens war mein Anliegen, die Legitimität der Sicherheitsmaßnahmen der EU kritisch zu überprüfen und, drittens, Perspektiven zur Überwindung von deren problematischen Aspekten aufzuzeigen.

Die Hauptergebnisse des Buches können wie folgt zusammengefasst werden. Erstens hat die Analyse gezeigt, dass das Sicherheitsmodell der EU im RFSR sich zu einem präemptiven Verständnis von Sicherheit verschiebt und dass diese Entwicklung der EU-Sicherheitspolitik in einem grundlegenden Spannungsverhältnis zu den Legitimitätsprinzipien steht, die in Europa seit der Neuzeit als machteinschränkende Mechanismen eingesetzt werden.<sup>867</sup> Darauf aufbauend habe ich eine Transformation der Legitimitätsprinzipien zur Diskussion gestellt, durch welche effektiv auf diese Verschiebungen reagiert werden könnte. Mein Vorschlag hat sich in einer Autonomiekonzeption konkretisiert, die sich auf die Möglichkeit der Infragestellung statt auf die Idee eines hypothetischen Konsensus gründet.<sup>868</sup> Diese Konzeption impliziert, dass eine Ex-ante-Rechtfertigung nicht genügt und dass die Legitimitätsbedingungen immerfort und in ihren konkreten Umsetzungen überprüft werden müssen.

Durch diesen Forschungsertrag stellt das Buch einen spezifisch philosophischen Beitrag zum interdisziplinären Feld der zivilen Sicherheitsforschung dar, weil es die Charakteristika von neuen Sicherheitstechnologien, -verständnissen und -ansätzen aus der disziplinären Perspektive der Philosophie untersucht und problematisiert.

---

867 Vgl. insbesondere Kapitel 8.

868 Vgl. Kapitel 9.

Die beiden begrifflichen Pole, die den Rahmen dieser Untersuchung definieren, nämlich Macht und Legitimität, sind gleichzeitig die zwei Grundkategorien einer realistischen, jedoch normativen politischen Philosophie.<sup>869</sup> In diesem disziplinären Kontext hat die vorliegende Untersuchung ein Metaziel verfolgt, das über die inhaltliche Dimension hinausgeht. Dieses besteht in dem Vorhaben, zur Weiterentwicklung des kritisch-realistischen Ansatzes in der politischen Philosophie beizutragen. Die Verfolgung dieses Ziels habe ich in der Untersuchung durch zwei methodologische Aspekte konkretisiert. Erstens habe ich präzise, sachliche und tiefgreifende Untersuchungen der Aufstellung umfangreicher theoretischer Systeme vorgezogen.<sup>870</sup> Die erarbeiteten theoretischen Befunde basieren auf konkreten Analysen, statt aus übergeordneten Theoriesystemen abgeleitet zu werden. Ebenfalls habe ich normative Vorschläge als Lösungsansätze zu den durch die Untersuchung identifizierten konkreten Problemen geboten, statt sie aus einem Kern von abstrakt festgelegten Prinzipien und Idealen zu folgern. Dieses Buch wurde dabei nicht nur als theoretischer Beitrag, sondern auch als konkrete Umsetzung einer politischen Philosophie konzipiert, die in der Realität gründet und nichtsdestoweniger auf Theorie und Normativität besteht.

Schließlich war ein allgemeines Anliegen dieses Buches, durch die spezifische Analyse der EU-Sicherheitsmaßnahmen im RFSR Licht auf umfassendere Dynamiken der EU-Entwicklungen zu werfen. Denn die sich im RFSR abzeichnenden Tendenzen können als paradigmatisch für den Übergang der EU zu einer neuen Integrationsphase gelten, in der weitere Kernbereiche der staatlichen Souveränität auf supranationale Ebene übertragen werden. Die sich dadurch abzeichnenden Tendenzen weisen auf eine Erweiterung der Machtbefugnisse der EU auf Kosten der individuellen Rechte hin. Es gibt aber auch Gegenteiligkeiten, die vor allem in der Stärkung der demokratischen und gerichtlichen Kontrolle durch den Vertrag von Lissabon, in der neuesten EU-Datenschutzreform und in der effektiv durch den EuGH ausgeübten Kontrolle bestehen. Vor dem Hintergrund dieser gegensätzlichen Tendenzen bleibt die weitere Entwicklung somit offen. Dabei steht nichts weniger als die „kopernikanische Wende“ der Neuzeit auf dem Spiel, mit der in Europa das Individuum und der Schutz seiner Grundrechte ins Zentrum der politischen Legitimation gerückt sind.

---

869 Vgl. Kapitel 1, Abschnitt 2.1.

870 Vgl. dazu insbesondere die Kapitel 3–7 des Buches.

